

Abstimmungen : Ja zu offenen Grenzen mit Europa

Autor(en): **Lenzin, René**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Revue : die Zeitschrift für Auslandschweizer**

Band (Jahr): **32 (2005)**

Heft 3

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-911585>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ja zu offenen Grenzen mit Europa

54,6 Prozent der Stimmberechtigten befürworten den Beitritt der Schweiz zu den Abkommen von Schengen und Dublin.

Und 58 Prozent sagen Ja zur registrierten Partnerschaft. Überdurchschnittlich war die Stimmbeteiligung (56,5 Prozent).

VON RENÉ LENZIN

DIE LETZTEN UMFRAGEWERTE hatten ein äusserst knappes Ergebnis erwarten lassen. Und das Nein der Franzosen und Holländer zur europäischen Verfassung hatte die Prognostiker zusätzlich verunsichert. Doch zum Schluss befürworteten Schweizerinnen und Schweizer die Verträge von Schengen und Dublin doch noch recht deutlich: 54,6 Prozent legten ein Ja in die Urne, 45,4 Prozent ein Nein. Zwar hat die Mehrheit der Kantone die Verträge abgelehnt, aber dank der hohen Zustimmung in den Westschweizer Kantonen und in den städtischen Gebieten ist trotzdem ein Ja zustande gekommen. Am deutlichsten war das Ja in den Kantonen Neuenburg (70,9%), Waadt (67,6) und Basel-Stadt (64,6). Am klarsten Nein sagten Appenzell Innerrhoden (31,5), Schwyz und Tessin (je 38,1). Kein einheitliches Verhalten zeigten die Grenzkantone: Im Nordwesten und Westen stimmten sie zu, im Nordosten und Süden lehnten sie ab. Wie häufig bei aussenpolitischen Abstimmungen war die Beteiligung hoch.


Mit dem Ja folgt das Volk der Parole von Bundesrat und Parlament. Entsprechend zufrieden reagierten die Regierung und die befürwortenden Parteien. Sie interpretierten das Resultat als «Bestätigung des bewährten bilateralen Wegs» in den Beziehungen mit der Europäischen Union. Als einzige grosse Partei hatte die Schweizerische Volkspartei die Vorlage bekämpft.

Die Abkommen von Schengen und Dublin regeln die Zusammenarbeit mit der EU in den Bereichen Polizei, Justiz und Asyl. Die Schweiz erhält Zugang zum Fahndungssystem SIS und zu Eurodac, der Datenbank

im Asylwesen. Die systematischen Personenkontrollen an den Grenzen zu den EU-Staaten werden abgeschafft. Beibehalten und anpassen muss die Schweiz hingegen die Personenkontrollen an den Flughäfen, weil diese zu so genannten Schengen-Aussengrenzen werden. Weiterhin durchgeführt werden Warenkontrollen, denn die Schweiz wird mit dem Beitritt zu Schengen nicht Mitglied der europäischen Zollunion.

Der Beitritt zu Schengen und Dublin ist Teil des zweiten bilateralen Verhandlungspakets zwischen der Schweiz und der EU. Die beiden Abkommen treten voraussichtlich 2008 in Kraft. Bis dann sollten die Kantone auf die Zusammenarbeit vorbereitet sein, und bis dann sollte auch das modernisierte SIS in Betrieb gehen. Allerdings muss auch noch die EU die Verträge ratifizieren. Offen ist, wie sich Brüssel dabei verhalten wird, wenn die Schweiz die Ausweitung des freien Personenverkehrs auf die neuen EU-Staaten ablehnt. Diese Abstimmung findet im September statt.

Ja zur Schwulen- und Lesbenehe

Deutlich angenommen hat das Volk das Partnerschaftsgesetz: 58 Prozent der Stimmentenden und 19 Kantone sagten Ja. Das neue Gesetz ermöglicht es Schwulen und Lesben, ihre Partnerschaft auf dem Zivilstandsamt registrieren zu lassen. Für die eingetragenen Paare gelten weitgehend die gleichen Rechte und Pflichten wie für Ehepaare, namentlich betreffend Vorsorge, Erbrecht und Steuern. Keinen Zugang haben sie hingegen zur Adoption und zu Methoden der künstlichen Fortpflanzung. 

KOMMENTAR

Nüchtern und pragmatisch

Das Ja zum Beitritt der Schweiz zu den Abkommen von Schengen und Dublin reiht sich ein in die Logik von bisherigen Europa-Abstimmungen. Mit dem knappen Nein vom 6. Dezember 1992 zum Europäischen Wirtschaftsraum hat das Volk die Schweiz auf den Weg der bilateralen Verhandlungen festgelegt. Diesen Weg hat es im Mai 2000 mit einer Zweidrittelsmehrheit für das erste bilaterale Vertragspaket bestätigt. Klare Absagen hat es hingegen jenen beiden Volksinitiativen erteilt, die sofort Beitrittsverhandlungen aufnehmen oder solche Verhandlungen faktisch für immer ausschliessen wollten. Die Mehrheit will in der Integrationspolitik keinen ideologischen, sondern einen pragmatischen Ansatz: In gut nachbarschaftlicher Weise regelt man jene Fragen miteinander, die für beide Seiten einer Regelung bedürfen.

Nicht zu übersehen ist jedoch, dass das Ja zu Schengen/Dublin deutlich geringer ausgefallen ist als dasjenige zu den Bilateralen I. Diese grössere Skepsis mag mit der allgemeinen politischen Entwicklung in der Schweiz und in der EU zusammenhängen. Vor allem aber ist sie Ausdruck von durchaus nachvollziehbaren Vorbehalten gegen die beiden Verträge. Denn erstmals macht die Schweiz bei einem EU-Projekt mit, das sich laufend weiter entwickelt, auf dessen Entwicklung sie aber nur begrenzt Einfluss nehmen kann. Viele befürchten zudem, dass im Schengener Informationssystem auch unbescholtene Bürger registriert werden.

In einer nüchternen Analyse ist die Mehrheit jedoch zum Schluss gelangt, dass die Vorteile diese Bedenken überwiegen. Dass der freie Personenverkehr offene Grenzen bedingt und dass internationale Kriminalität auch international bekämpft werden soll. Gestützt wird damit die Position des Bundesrats, der in der zweiten bilateralen Verhandlungsrunde die Chance sah, den Beitritt zu Schengen/Dublin als Gegengeschäft zum Abkommen über die Zinsbesteuerung einzuhandeln. Bleibt das Volk dieser nüchtern-pragmatischen Haltung treu, wird es im September auch die Ausdehnung der Personenfreizügigkeit auf die neuen EU-Staaten annehmen. René Lenzin